

## Deutschland.

□ **Berlin, 13. Mai.** In einem Theile der national-liberalen Presse ist behauptet worden, daß die Konservativen einen Wink „von oben“ erhalten hätten, in der Adressangelegenheit die einfache Tagesordnung anzunehmen. Offenbar soll damit angedeutet werden, daß diese Wink vom Grafen Bismarck kommen seien und zwar aus Rancüne gegen die National-Liberalen wegen ihrer Abstimmung vom 22. April im Reichstag. Es ist indessen nutzlos, anzunehmen, daß bei großen Fragen der Politik die Gemüthsstimmung einen Einfluß ausüben könnte. Wenn Graf Bismarck sich mit den National-Liberalen auseinander zu setzen im Begriff steht, so geschieht dies aus dem Grunde, daß der Leiter der Politik eines Großstaates und des norddeutschen Bundes sich nicht durch die Motive einer einzelnen Faktion bestimmen und beherrschen lassen kann. Die Führer der National-Liberalen wollten aber nichts Geringeres als die Bundesregierung in ihr Schlepptau nehmen, sie verlangten, daß die Gesetzeswürfe nach ihrem Sinne gemacht und die auswärtige Politik nach ihren Ansichten geleitet werde. Sie haben indessen dabei vergessen, daß die Majorität am 22. April eine Zusammengehörigkeit war und daß die Bundesregierung nun dann den Beschlüssen der Majorität gemäß handeln könnte, wenn sie die Führerschaft über die Majorität besäße und diese ihre Beschlüsse in Uebereinstimmung mit der Regierung fäße. Da sich aber die einzelnen Faktionen, aus denen die Majorität zusammengefaßt ist, um die Intentionen der Regierung gar nicht kümmern oder selbst regierungs- und bundesfeindlichen Zwecke verfolgen, so ist eine Beachtung der Majorität, daß sie die konstitutionellen Prinzipien empfehlen, unmöglich. Wenn in England das Prinzip festgehalten wird, daß die Regierung mit der Majorität zu gehen hat, so geschieht dies nur in der Voraussetzung, daß die Regierung auch die Führung des Hauses der Gemeinen besitzt, welche die Bundesregierung dem Reichstage gegenüber bekauntlich nicht hat. Die Majorität des Reichstags, die heute zusammen- und morgen auseinandergeht, würde dazu vorerst auch noch viel zu unzulänglich sein. In derselben Presse wird weiter gesagt, daß die Rüstungen Frankreichs auf den Entschluß, die einfache Tagesordnung anzunehmen, Einfluß ausgeübt hätten. Es wird dies jedem Unbefangenen als Erdichtung erscheinen. Die Presse aber, welche mit ihrer Behauptung ihre Angst vor dem Auslande dokumentirt, sollte sich ihres Verfahrens schämen und sich vergegenwärtigen, daß es ein französisches Blatt unter seiner Würde halten würde, zu behaupten, daß ein Beschluß der französischen Legislatur aus Furcht vor Deutschland gefaßt worden sei. Mit Rücksicht auf Frankreich soll nach denselben Mittheilungen auch die Reise des Kronprinzen in Italien abgeklärt sein. Auch diese Mittheilung ist natürlich unwahr, wie schon daraus hervorgeht, daß die Reise des Prinzen durch ein Programm festgestellt und daß dieses Programm auch festgehalten worden ist. Endlich soll nach denselben Nachrichten die preussische Regierung von Frankreich über die Absichten interpellirt worden sein, die sie mit dem Zollparlament habe. Auch diese Nachricht gehört in das Bereich der Erdichtungen. Die Interpellation würde eine unerwünschte Einmischung in deutsche Angelegenheiten sein und der norddeutsche Bund ist stark genug, jede unbefugte Einmischung in seine inneren Angelegenheiten mit Entschiedenheit zurückzuweisen. Ebenso wie die bekannlich gar nicht vorhandene Mainzer Frage, so würde auch eine fremde Einmischung in die Angelegenheiten des deutschen Zollparlaments eine Kriegsfrage in sich schließen. Die Regierung hält übrigens in dieser Beziehung fortwährend an den Grundsätzen der Bismarck'schen Depesche vom 7. September v. J. fest, wonach die Bestimmung des Maßes, welches die Annäherung zwischen Nord- und Süddeutschland inne zu halten hat, der freien Entschliessung unserer süddeutschen Verbündeten überlassen bleibt. — Der König ist heute Vormittag zur Truppenbesichtigung nach Potsdam gereist und wird dort das Diner bei dem heute morgen aus Italien zurückgekehrten Kronprinzen einnehmen. — Das Centralbüreau des Zollvereins hat eine Vergleichung der gemeinschaftlichen Zolleinnahmen von Ein- und Ausgangsabgaben im Jahre 1867 mit dem Vorjahre zusammengestellt. Es waren im Jahre 1867 eingekommen 24,186,873 Thlr., und zwar 2,845,218 Thlr. mehr als im Vorjahre. Die Steigerung der Zolleinnahmen ist vorzüglich hervorgerufen durch einen umfangreichen Bezug von unbeschnittener Tabakoblättern und Tabakfabrikaten, wofür der Grund in der beabsichtigten Erhöhung der Steuer für diesen Artikel liegt; durch die letzte günstig ausgefallene Ernte des Kaffees, wodurch die Preise herabgingen und die Einfuhr sich steigerte; durch einen größeren Eingang von Reis, der durch die hohen Getreide- und Kartoffelpreise bedingt war; durch großen Bezug von Wein, Seidenwaaren, wollenen Waaren u. s. w. Von Mindererzeugnissen, die einen irgend belangreichen Einfluß ausgeübt haben, sind nur die anzuführen, die bei Rohrzucker und bei Rohseisen vorkamen.

**Berlin, 14. Mai.** Se. Maj. der König begab sich gestern Morgens 8 Uhr mit den Prinzen Karl, Albrecht Vater und Sohn, Alexander, dem Prinzen August von Württemberg, dem Herzog Wilhelm von Mecklenburg-Schwerin und anderen fürstlichen Personen, sowie mit der Generalität und den zahlreich hier anwesenden fremdbürtlichen Offizieren nach Potsdam, und wurde bei der Ankunft daselbst von dem Kronprinzen, welcher aus Italien zurückgekehrt ist, empfangen. An der Spitze der königlichen Prinzen besichtigte der König zunächst im Lustgarten das Garde-Jäger-Bataillon und die Unteroffizier-Schule und ließ alsdann das 1. Garde-Regiment z. F. auf dem Bornstedter Felde verschiedene Exerzitien im Feuer ausführen. Mittags wohnte der König mit dem Kronprinzen der Festlichkeit bei, welche die Loge „Minerva“ zur Feier ihres 100jährigen Bestehens veranstaltet hatte, speiste mit den Kronprinzen

lichen Herrschaften im Neuen Palais und kehrte darauf von dort hierher zurück.

— Zur Feter der Anwesenheit des Kronprinzen in Italien hat der Graf Francesco Salvaui demselben ein in Sonettform gehaltenes Gedicht gewidmet, das in einer großen Anzahl von Exemplaren dort verbreitet ist mit der Inschrift: „Sr. Königl. Hoheit dem Kronprinzen von Preußen Friedrich Wilhelm, das freudig bewegte und dankbare Italien.“ Auf der andern Seite steht eine Biographie der Kronprinzen, von der eine Hälfte dem Antheil gewidmet ist, welchen derselbe an den Erfolgen in Böhmen gehabt hat.

— Vor einiger Zeit ist gemeldet worden, daß der König dem Theater in Kiel eine Unterstützung zugewiesen habe; jetzt hat er auch den Theatern in Posen und Breslau für Einrichtung einer Königl. Loge einen Beitrag bestimmt.

— Der Ministerpräsident Graf Bismarck giebt morgen ein parlamentarisches Diner.

— Im Bundeskanzler-Amt wird mit großem Eifer an der Feststellung des Budgets für den norddeutschen Bund gearbeitet; es steht zu erwarten, daß die ganze Vorlage bald zum Abschluß gelangen wird. Die Gerüchte, daß die Beratung des Budgets im Reichstag nicht mehr in dieser Session, sondern erst in einer Herbstsession erfolgen werde, ist ganz falsch. In verschiedenen Positionen dürfte der Etat wohl eine Aenderung erfahren. Während z. B. der das Bundeskanzler-Amt betreffende Theil im laufenden Budget die Summe von 70,550 Thlr. aufweist, wird die Vorlage für 1869 178,350 Thlr. fordern. Die Erhöhung ist namentlich durch die Aufnahme des neuen Postens: Pension und Unterstützung für die Angehörigen der vormaligen schleswig-holsteinischen Armee, der auf 76,000 Thlr. normirt ist, hervorgerufen. Bei den Beschlüssen ist ein Mehr von 7300 Thlr. und für den Dispositionsfonds des Bundeskanzlers zu unvorhergesehenen Ausgaben ein Mehr von 20,000 Thlr. veranschlagt.

— Im Reichstage arbeiten heute mehrere Kommissionen bis gegen 3 Uhr Nachmittags. Die Gewerbeordnungs-Kommission modifizierte mehrere Paragraphen, die Finanz-Kommission genehmigte den Anleihenentwurf für die Sullnamündung mit einer Abänderung in Betreff der Modifikation. Auch die Quartierleistungs- und die Genossenschafts-Kommission hielten Sitzungen.

— In den vom Kongress norddeutscher Landwirthe in Betreff der Real-Kreditfrage beschlossenen Resolutionen sind drei Grundgedanken bestimmt ausgeprochen: 1) Die Reform einer Hypothekengesetzgebung, so dringend notwendig und unausschließbar sie ist, kann an sich nur wenig zur Beseitigung der bestehenden Kreditnoth des Grundbesizes und noch weniger zur Heilung der inneren Schäden unseres gesammten Realcreditwesens, wie es durch Gesetz und Gewohnheit sich herausgebildet hat, beitragen. Sie ist ein Hilfsmittel von nur sekundärem Werthe. 2) Die wirtschaftliche Reform ist es, auf die es ankommt. Die Vermischung des eigentlichen Real-Kredit mit dem Mobilien- und oft sogar mit dem reinen Personalkredit, die Individualhypothek mit ihrer mehr oder weniger beliebigen Kürzbarkeit, die Herabwürdigung des Grundbesizes zu einem bloßen Objekt der Spekulation haben die gegenwärtige Noth erzeugt, und 3) um, für die Zukunft wenigstens, gesündere Grundlagen zu schaffen, ist für die Heilung dieser das innerste Wesen und die Bedeutung des Grundbesizes vernichtenden Schäden Sorge zu tragen.

— Die Kommission zur Vorberathung des Gesetzes über die Quartierleistung für die bewaffnete Macht im Frieden hat gestern ihre Beratungen beendigt und den Rest der noch unerledigten Paragraphen mit unwesentlichen Modifikationen angenommen, ebenso auch den vorgelegten Tarif unbedändert genehmigt. Am Schluß des Gesetzes wurden noch folgende drei Resolutionen angenommen: den Bundeskanzler aufzufordern, 1) eine gesetzliche Regulirung der Naturalleistungen an die bewaffnete Macht im Frieden, insbesondere auf Verpflegung und Vorspann, herbeizuführen; 2) bei den Artillerie-Schießübungen dafür Sorge zu tragen, daß die Soldaten in Baracken und Zelten untergebracht werden; 3) das Entschädigung die Leistungen der Bürgerschaft vollständig deckt. — Zum Referenten wurde der Abg. Stavenhagen (Radow) mit dem Auftrage, schriftlichen Bericht zu erstatten, ernannt.

— Der „S. V.-H.“ wird von hier geschrieben: „Am Sonnabend waren auf Anregung badischer Abgeordneter gegen 30 liberale süddeutsche Abgeordnete zusammengetreten, um im Einverständnis und auf Anregung ihrer Wähler darüber zu berathen, in welcher Weise man bei dem Zollparlamente dem Wunsche der Letzteren auf Theilnahme an einer allgemeinen deutschen Gesetzgebung auf dem Gebiete der Civil- und Kriminal-Gesetzgebung zc. Ausdruck verschaffen könnte. Wahrscheinlich wird man den Weg der Petition betreten. Eine Subkommission, welche Vorschläge machen soll, wurde gewählt und besteht aus den Abgg. Volk, M. Bartsch (welcher der Versammlung präsidirte), Bluttschl, Bamberger und Wepf. Es waren übrigens alle Schattierungen süddeutscher Abgeordneter, mit Ausschluß der prinzipiellen Oppositionskreise, vertreten.“

— In Betreff der Gewerbe-Ordnung gilt für wahrscheinlich, daß dieselbe nach der durchgeführten Umarbeitung in der Kommission von dem Bundesrath zurückgezogen werden wird, um sie in der nächsten Session in veränderter Gestalt einzubringen.

— Die Worte des Abgeordneten Löwe in der Sitzung des Zollparlaments am 9. d. M.: „Preußen und das preussische Volk kennen keinen Haß gegen Oesterreich. . . Die Freundschaft Oesterreichs ist das sicherste Unterpfand für den europäischen Frieden.“ — diese Worte finden in den österreichischen Blättern ein lebhaftes, sympathisches Echo. „Es ist eigenhümlich“, sagt die „Presse“, „daß ein solches Wort als Gegenrede gerade den Süddeutschen, unseren ehemaligen Allirten, entgegengestellt wird. Das Zollparlament, die vollständigste Versammlung deutscher Abgeordneter seit der unglücklichen deutschen Nationalversammlung, hat die gemeinsame Aufgabe,

materielle Interessen unter der Regide höherer Einheit zu beraten und zu fördern. Von welchem Standpunkte man diese Aufgabe betrachtet, es kann nicht geleugnet werden, daß in solcher Gemeinschaft der lebensfähige Keim nationaler und politischer Einigung liege. Preußens Regierung hat die Wichtigkeit materieller Fortbildung in ihren eigenen Grenzen nie außer Acht gelassen. Von Olmütz bis Königgrätz hat man in Preußen eine gesunde Volkswirtschaft als unverrückbare Basis aller politischen Pläne angesehen. Die Erfolge waren unleugbar. Es ist nur konsequente, tadellose Logik, daß man auch nunmehr auf der Brücke materieller Gemeinschaft die Schranken politischer Absonderung zu überschreiten beginnt. Damit soll nicht gesagt sein, daß schon gegenwärtig eine Union Süddeutschlands im Programm des Grafen Bismarck stehe. Allein die Einheit der Interessen, diese unüberwindliche Gravitationskraft, will er hegen und pflegen und mit dem Zauberstabe des materiellen Vortheils die widerstrebenden Sondergefühle bezwingen. Und wenn dieser kräftigste Einfluß, wenn die dauernde, iunigste Verbindung durch die Pflege gemeinsamer Interessen hervorgerufen werden kann, so ist es erklärlich, warum die auf dem Brücke ihrer Selbstständigkeit herumirrenden Süddeutschen sich möglichst der Gemeinschaft zu erwehren suchen. Wohl erklärt die materielle Intimität mit Oesterreich für unangemessen, angeblich weil die politische Verbindung aufgelöst sei. Der gesunde Menschenverstand eines Nichtseparatisten würde das Gegentheil lehren. Er müßte die materielle Beziehung als Theil-Erfolg, als Zukunftsheim für den verlorenen politischen Zusammenhang ansehen. Die süddeutschen Separatisten verwerfen den österreichischen Handelsvertrag, weil sie jeden Fortschritt der Einigung, jede Machtentwicklung der Bundes-Einheit bekämpfen. Sie verfallen in denselben Fehler, den einst Metternich zum unheilbaren Leide Oesterreichs begangen. Die Bedeutung des Zollvereins in seinen ersten Anfängen war dem Minister völlig entgangen. Sein Blick war auf den Stern politischer Hegemonie gerichtet. Die fruchttragende Pflanze, die aus der gemeinen Erde sproß, überließ er, glaubte er übersehen zu dürfen. Was das heißt, wenn die Zollstrahlen der zwanzigdreißig Vaterländer fallen würden, das erfaßte er nicht; es lag unter seinem Horizonte. Aus der wirtschaftlichen Isolirung, zu der er Oesterreich verurtheilte, entsprang dessen politische Einseitigkeit. Es scheint nicht, daß unsere sonderbälligeren Gegner vom Feinde gelernt hätten. Der Prager Friede, wie drückend er uns fiel, hat unsere Lage aufgeklärt. Das bleibt immerhin ein Vortheil, und in solcher Beziehung sind wir dem General Molke zu Dank verpflichtet. Aus dieser Klarheit schreibt sich her, daß wir der deutschen Entwicklung mit ruhigen Selbstbewußtsein zuschauen dürfen. Wir fühlen es tief, daß unsere Ziele von denen der deutschen Nation auf die Länge nicht getrennt sind. Wir fühlen es, daß wir, Preußen und Oesterreich, jedes an seinem Orte mit dem Ausgote aller Kräfte ziehend, gegen einen Punkt zustreben. Dieser Punkt ist keine politische Vermischung. Kein nationaler Schmerzensschrei spielt dabei eine Rolle. Dieser Punkt ist die größtmögliche wirtschaftliche Intimität der beiden großen mitteleuropäischen Staaten. Aus dieser materiellen Einigung erwachsen in Zukunft politische Zwecke: der Schutz deutscher Kultur gegen Osten, wie gegen Westen.“

**Kaisruhe, 10. Mai.** Ein aus Kebl hierher gemeldeter Vorfall macht in den betreffenden Kreisen großes Aufsehen; so sehr man sich auch bemüht, denselben zu verulken, ist dennoch Folgendes in die Oeffentlichkeit über denselben gedrungen: Es soll nämlich, so wird unter der Hand erzählt, ein nach Straßburg neu ernannter französischer General, einer der eragirtesten Preussensfeeder, vor Kurzem en grande tenue und umgeben von seinen Adjutanten und Ordonnanzgen über die Kebler Brücke geritten sein, die badische Schildwache an dem lächerlichen Ding, das man den Kebler Brückenkopf nennt, quasi moralisch niedergeritten und sich auf deutschem Ufer höhniisch und bramarbasirend umgesehen haben. Der badische General v. Weller, der Garnisons-Kommandant zu Kebl, soll hierüber an das Kriegeministerium berichtet haben und es seien in der Sache diplomatische Weiterungen im Gange.

**Unland.**  
**Wien, 12. Mai.** Der Budgetauschuß des diesseitigen Abgeordnetenhauses hat in der gestrigen Abend Sitzung die Verhandlung über die Mittel zur Deckung des Defizits zur Entscheidung gebracht. Die Grundzüge der finanziellen Operation sind wenigstens festgesetzt worden. In der Morgensitzung sprach sich der Finanzminister Reszl über diese Grundzüge sehr ausführlich und zugleich bestimmt aus. Er meinte, nur dann könne von einem Bankerott die Rede sein, wenn die Staatsgläubiger allein zur Beseitigung des Defizits herangezogen würden; wenn dagegen auch sämtliche steuerfähige Staatsbürger zur Deckung des Defizits ihre Beiträge leisten, so könne man nicht mehr von einem Bankerott sprechen. In der Abendsitzung stellte Dr. Banhans einen Antrag, in welchem letztere Ansicht des Ministers formulirt wurde. Der Pole Zytliniewicz gab zwar dem Antrage die gefährlichere Wendung, daß „Behufs der Deckung des Defizits die Staatsgläubiger in dem nämlichen Maße herbeigezogen werden sollen, als die direkt Besteueren zu Staatsverordnungen beitragen“, drang aber damit nicht durch, und der Antrag des Dr. Banhans, welcher die steuerbaren Staatsbürger zur Deckung des Defizits nur heranzieht, um den Bankerott einigermaßen zu verdecken, ward angenommen. Dergleichen wurde der Antrag Sturm's mit 14 gegen 6 Stimmen angenommen, wonach die Frage der Belastung der Zinsen der Staatsschuld und die Frage der Unifikation der Staatsschuld sofort definitiv zu entscheiden sei. Auch der Minister hatte sich in der Morgensitzung dahin ausgesprochen, daß die definitive Durchführung der Unifikation die Staatsgläubiger beruhigen und ihnen Sicherheit bieten würde; nur müsse er zugleich erklären, daß es eine Ungerechtigkeit sein würde, die steuerfreien Obligationen gleich den nichtsteuerfreien zur Beseinerung heranzuziehen. Im Ganzen ist durch die bisberigen Abstimmungen des Budgetauschusses entschieden, daß zur Ordnung der Finanzen ein Bankerott notwendig sei. Die Heranziehung der Steuerzahler ist ein schwacher Trost für die Staatsgläubiger; obnein handelt es sich noch darum, wie Herr Reszl selbst gestern Abend erklärte, wieviel auf beide Theile zu entfallen habe. Den Schleier, den die herbeigezogenen Steuerzahler um den Bankerott bilden sollen, kann sehr dünn ausfallen, d. h. es kann sein, daß man ihnen wenig aufladet und die Hauptlast die Staatgläubiger tragen läßt. In der öffentlichen Meinung, der z. B. das „Fremdenblatt“ Ausdruck verleiht, ist man schon soweit, die Ehrlichkeit in dem offenen Eingeständniß des Bankerotts zu sehen. Das genannte Blatt meint, daß auch die Börsen bereits derselben Meinung seien und einen

